

28. März



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0885890

P/XV/73 - 28. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bayern</u> Zum vorläufigen Ergebnis der Kommunal- und Kreistagswahlen	52
2 - 3	<u>"Es waren zwei Königskinder . . ."</u> Elftes englisch-deutsches Gespräch in Königswinter	87
4 - 5	<u>Kongreß der großen Ansprüche</u> Christlich- soziale Arbeitnehmer wollen endlich in der CDU gehört werden	84
5 a	<u>Was will Dr. Heinrich Schneider?</u> Das Sorgenkind der FDP im Saarland	51
6	<u>Die "Welle des Wahnsinns" erfasste 38 Länder</u> UNC-Kommission verurteilt Antisemitismus Von Bruno Kuster, Genf	49

\* \* \*

\* \*

Bayern

Zum vorläufigen Ergebnis der Kommunal- und Kreistagswahlen

sp - Es ist noch zu früh, infolge der Eigenart des bayerischen Wahlgesetzes, eine endgültige Bilanz von dem Ergebnis der Kommunalwahlen des letzten Sonntages zu ziehen. Das eine oder andere Ergebnis mag sich, wenn die Schlußabrechnung über die abgegebenen Stimmen vorliegt, zugunsten dieser oder jener Partei noch verändern, aber auf das Gesamtergebnis dürfte dies keinen wesentlichen Einfluß haben. Die große Mehrheit der bayerischen Wähler hat sich für zwei Parteien entschieden, von denen die Sozialdemokratie an der Spitze steht. Die bayerischen Sozialdemokraten sind, mit einer einzigen Ausnahme, im Alleingang zu diesem im großen und ganzen recht fair verlaufenden Wahlkampf angetreten; ihre größte Konkurrentin, die mächtige CSU, die Hausmacht des Franz Josef Strauß, suchte ihr Heil in vielen Fällen in Bündnissen mit anderen Parteien und Gruppen. Es hat ihr nicht viel geholfen. Ihr Hauptangriff galt München, der zweitgrößten und jüngsten Millionenstadt der Bundesrepublik, und der ehrwürdigen Bischofsstadt Regensburg. Gerade in diesen Städten mußte die CSU eine für sie gewiß unerwartete und peinliche Niederlage einstecken. Die neugewählten Oberbürgermeister dieser Städte, der 34-jährige Dr. Vogel in München und der nicht viel ältere Schlichtinger in Regensburg, können sich für ihr zukünftiges Wirken auf recht solide Mehrheiten stützen.

Die Sozialdemokratie in Bayern war gut beraten, als sie bei der Kandidatenaufstellung für den Nachschub von fähigen und jungen Leuten sorgte. Die Sozialdemokratie ist zwar die an Jahren älteste Partei, aber in ihrem Zeichen finden sich die vorwärtsstrebenden, um die Zukunft ringenden Kräfte. Ihre Politik gilt, orientiert an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten einer im Wandel befindlichen Gesellschaft, der Gestaltung des Heute und des Morgen. Darin liegt das Geheimnis ihrer Anziehungskraft.

Die bayerischen Wähler honorierten durch ihre Stimmabgabe die überragenden Leistungen von Sozialdemokraten in allen Bereichen des kommunalen Lebens. Das böse Wort des Bundeskanzlers von der "Sozialdemokratie als Wegbereiterin des Bolschewismus" wird ad absurdum geführt durch glänzende Erfolge sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Die Wähler wissen: die Sorge um die Förderung des Gemeinwohls ist in den Händen von Männern und Frauen, die sich mit Redlichkeit und Leidenschaft ihm widmen, gut aufgehoben.

Die Kommunalwahlen in Bayern gewinnen eine weit über dieses Land hinausreichende Bedeutung. Die sozialdemokratischen Wahlerfolge sind ja hier nicht auf einige Gebiete beschränkt, sie sind in den Großstädten ebenso zu verzeichnen wie in den Landgemeinden, in der Mehrheit katholischer oder protestantischer Kreise. Wer es gestern noch nicht wahrhaben wollte, muß es heute erkennen: Die Sozialdemokratie ist eine Volkspartei, in ihren Reihen sammeln sich alle der Zukunft zugewandten Kräfte; sie ist zum Sammelbecken für alle geworden, die eine Erneuerung unseres politischen Lebens erstreben. Sie versteht es, gerade junge Menschen aus vielen Schichten unseres Volkes an sich zu ziehen, in ihr gibt es genügend Raum - wie es der Sieger von München, Dr. Vogel, ausdrückte - für die Erfahrung des Alters und die Initiative der Jugend. Beides zusammen macht die Größe, Lebendigkeit und unzerstörbare Lebenskraft der Deutschen Sozialdemokratie aus. - Davon legte Bayern am letzten Sonntag ein schönes Zeugnis ab.

+ + +

"Es waren zwei Königskinder . . ."

Elftes englisch-deutsches Gespräch in  
Königswinter

sp - Keines der zehn vorangegangenen jeweils dreitägigen Gespräche der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter hat so wie dieses, das am vergangenen Sonntag beendet wurde, das trennende Wasser deutlich werden lassen, das zwischen der englischen und der deutschen Auffassung zu den aktuellen Fragen fließt. Es war zu tief, als daß der gute Wille, der auf beiden Seiten eindrucksvoll bezeugt wurde, es überbrücken könnte. Der beobachtende Journalist geriet unter den erregenden Eindruck, daß die Übereinstimmung von Labour und Konservativen drüber weit größer ist, als wir aus den bisherigen Berichten und Informationen aus London glauben konnten.

Konservative und Labour

Mehr Übereinstimmung als man glaubt

In dieser Front hat auch der "Außenseiter" Richard Crossman seinen Platz, der wohl nur der Art seiner Gespräche und seines Temperaments wegen mehr an der Peripherie steht. Als er am Sonntagvormittag zur deutschen Frage sprach - man weiß: Anerkennung Pankows ist seine Forderung, die Garantie der Freiheit Berlins will er dafür einhandeln -, wurde klar, daß er nicht für sich allein sprach, daß er auch nicht nur bei seinen Freunden aus der Arbeiterpartei Zustimmung fand, sondern auch bei den Konservativen. Für viele Deutsche war das eine peinliche Ernüchterung. Wir sollten endlich die Politik der Vermittlung in der Presseberichterstattung in die Wolfsschlucht werfen, sie gehörte in einem freien Lande längst dort hinein.

Mindestens jetzt wissen wir, daß auch bei den englischen Konservativen der Wille vorhanden ist, nicht zum dritten Male die Gefahr eines von Deutschland verursachten Krieges zu dulden (so drückte es einer der Redner aus), und daß die Bereitschaft besteht, eine Lösung der deutschen und der Berlin-Frage zu finden, auch wenn sie auf Kosten Deutschlands geht.

In persönlichen Gesprächen, die zu der Konferenz in Königswinter gehören, wie der Rhein zu seinen Weinbergen, gab es vielfach englische Bemühungen, den deutschen Partnern und Freunden begreiflich zu machen, daß sie das rechte Maß für die Bedeutung der deutschen Frage aus dem Blickwinkel des Auslandes, in diesem Falle Englands, finden müßten. Die zentrale Bedeutung aus der zentralen Lage in Mitteleuropa fand nicht ungeteilte Anerkennung. Nahe, sehr nahe, lag der Rat, der dann auch ausgesprochen wurde: spricht selber mit Pankow. Sie wollen, daß wir die Lage erleichtern helfen und meinen, das sei ein nützlicher Weg..

## Engländer - Deutsche

Dieser Tatsache muß in die Augen geschaut werden, und es wäre unverantwortlich, sie läugnen zu wollen. Die Konferenz in Königswinter ist nicht eine Veranstaltung von Regierungen, sondern dort trafen sich Politiker, Publizisten und Journalisten aus beiden Ländern im freien Gespräch. Daß es in diesem Jahre auf der englischen und auch auf der deutschen Seite von fast vollständig geschlossenen Fronten her geführt wurde, war nicht unbedingt ein Vorteil. Manchmal hatte man zu wünschen, der eine oder andere Redner hätte sich weiter von der Linie fortgewagt, die die Politik seiner Partei oder die Rücksicht auf die "allgemeinen Interessen des Landes" ihm zu ziehen schien. Jedoch haben größere Bindringlichkeit und Fairneß die Diskussion über die Schranken der offiziellen Argumentation hinausgehoben. Das Ergebnis wurde aber dadurch nicht fruchtbarer, es blieben beide auf getrennten Ufern, hier die Deutschen, nach Parteien kaum sichtbar unterschieden, dort die Engländer in gleicher Übereinstimmung.

## Der "praktische Weg" ?

Die Engländer suchten nach einem praktischen Weg, nach dem nächsten Schritt, die Deutschen nach einer grundsätzlichen Lösung. Einer der englischen Redner meinte, das eine sei Politik, das andere Weltanschauung, woraus deutlich werden mag, daß die englische Auffassung von den notwendigen oder möglichen Schritten in der Berlin- und Deutschland-Frage nicht die Bedeutung dieses Vorganges voll ermessen kann. Berlin liegt in Deutschland, und es ist nicht London. Der Engländer, der meinte, die Deutschen hätten diese politische Aufgabe mit Gefühlsmomenten überladen, wollte keinen Vorwurf machen, er war eben Engländer, und die Zonengrenze geht quer durch unser Land und nicht durch seines.

Wie soll es weitergehen, wie kann es weitergehen? Eine englische Antwort lautete: Schritt für Schritt! Die Freiheit Berlins erhalten, wurde als der nächste und wichtigste bezeichnet. Darin waren sich alle Teilnehmer der Konferenz einig. Später kamen die nächsten Aufgaben, fügte der englische Konservative hinzu, der dies gesagt hatte, und es käme jetzt nur darauf an, keine Chance auszulassen. Im übrigen ist es selbstverständlich: Die Sowjets sind die Verhandlungsgegner, man muß mit ihnen rechnen - auch mit ihren Verträgen.

## Trotzdem: Nicht unfruchtbar

Noch niemals ist eine der Konferenzen der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter unfruchtbar gewesen. Das gilt auch für diese von 1960 und sogar im besonderen Maße. Gerade, weil in der wichtigen und für die Deutschen zentralen Frage, der Wiedervereinigung keine gemeinsame Linie gefunden werden konnte, andererseits aber eine bemerkenswerte Klärung der Standorte erreicht wurde, war das Gespräch von hohem Wert und hatte praktischen Nutzen. In anderen Fragen wurden übereinstimmende Auffassungen erarbeitet. Königswinter ist in Substanz und Methode für die politische Arbeit zu einer Bedeutung gelangt, die schwerlich überbewertet werden kann.

### Kongreß der großen Ansprüche

olg. - Zwei Tage lang - Sonnabend und Sonntag - wurde den 600 Delegierten des "Christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses" die Gelegenheit gegeben, ihrem Herzen Luft zu machen; sich einmal allen Kummer über die mißliche innerpolitische und gesellschaftliche Situation von der Leber zu reden, war den Delegierten die Kölner Messehallen-Versammlung wert. Es scheint, als sollte dies der einzige Effekt jener aufwendigen CDU-Veranstaltung bleiben, denn die Erfahrungen bundesdeutscher Nachkriegs- und CDU-Politik haben gelehrt, daß von den vielen Gruppen innerhalb der Staatspartei mal diese, mal jene die Oberhand gewinnt, nie jedoch die Gruppe der Arbeitnehmer. So scheint denn das Wort des gern bombastisch redenden Familienministers Würling, hier handle es sich um einen "Markstein deutscher Geschichte" weiter hergeholt, als die Vermutung unabhängiger Beobachter, die die Versammlung als Kongreß der Ohnmacht einordneten.

Die Veranstalter mögen es als Plus buchen, daß die fünfjährigen Bemühungen, eine Reihe von konfessionellen Vereinigungen an einen Tisch zu holen, von Erfolg gekrönt waren. Die Posaunen, die einst zur Spaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und zum Auszug "der Christen" aus dem DGB aufriefen, sind leise geworden, und in Köln war nur mehr die Rede davon, "zusammenzubleiben". Wer? Die Sozialausschüsse der CDU, die Katholische und die Evangelische Arbeiterbewegung, die Kolpingfamilie, die Evangelischen Gesellenvereine, die Evangelische und die Katholische Arbeiterjugend? Ferngeblieben ist trotz langwieriger Verhandlungen das Evangelische Arbeiterwerk. Dafür war die Spaltervereinigung der CGD vertreten.

So widerspruchsvoll wie die CDU selbst war auch dieser Kongreß. Unter den 600 Delegierten befanden sich Anhänger und erklärte Gegner der Einheitsgewerkschaft; ein vorzeitiges Platzen des Kongresses konnte nur dadurch verhindert werden, daß man über die gewerkschaftliche Frage überhaupt nicht sprach. Gesprochen wurde dafür über eine "Standortbestimmung" der christlich-sozialen Anhänger und über die Abgrenzung zum Liberalismus und Sozialismus. Die eine Auseinandersetzung dauerte 70, die andere 55 Minuten. Die anwesenden CDU-Größen - unter denen das gelangweilte Gesicht des Ministers Schröder besonders auffiel - werden sich ihren Teil dabei gedacht haben, als sich die Abrechnung mit dem Liberalismus zu einer einzigen Anklage gegen die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der Regierung gestaltete und von einem "nicht zu überbrückenden Graben" gesprochen wurde. Knapp 24 Stunden später freilich, als der Bundesminister für Arbeit, Theodor Blank, zynisch unterstellte, dem Arbeitnehmer sei ein mutiges Hartbleiben (der Regierung und der Arbeitgeber wohl) lieber als ein willfähriges Nachgeben, klatschten die nichtsahnenden Christsozialen ebenfalls Beifall.

Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus war wenig aufregend, obwohl die Andeutungen, daß es in Fragen der Familien-, Kultur- und Schulpolitik keine Annäherung an die SPD auch nach deren Godesberger

Programm gebe, deutlich genug waren. Die neue Linie der CDU wurde offenbar: "Nur unsere geistigen Vorfäter verfügten in ihrem christlichen Glauben über die Grundlage für ein dem Volksganzen dienendes Handeln. Wir lassen uns deshalb auch nicht einreden, wenigstens ich nicht, was sozialpolitisch richtig oder falsch ist", deklamierete Blank in seiner gewohnten lauten Art. Und in anderem Zusammenhang wurde unter lebhaftem Beifall erklärt, daß es den Christdemokraten nicht um eine "Duldung der christlichen Gehalte" gehe, sondern um die Beantwortung der Frage durch die SPD, ob sie zur Festigung und Ausbreitung des Christentums bereit sei. Das bedeutet nichts anderes als den Wunsch, jeden, der sich nicht zu dieser "Marschrute" des Kölner Kongresses bekennt, vom politischen Wirken auszuschließen, indem man ihm die Fähigkeit zu wahrhaft sittlichem Handeln abspricht.

So ist denn die ganze, teils recht vernünftige, teils widersprüchliche christlich-soziale Programmatik eingebettet in die totalitäre Forderung, eine Religion zur Weltsache zu erklären und die totale Wandlung jeder Partei zu verlangen, die in ihrem Namen nicht das Wort "christlich" trägt. Die Forderung, die SPD solle mehr Toleranz zeigen, wie sie ebenfalls in Köln erhoben wurde, grenzt in diesem Zusammenhang an ein Gebiet, das verstandesmäßig nicht mehr zu fassen ist.

In einer knapp vier DIN A 4-Seiten umfassenden Proklamation wurde nichts gesagt, was nicht schon einmal aus christ-sozialem Munde zu vernennen gewesen wäre; allordings wird diese Sprache nicht in Bundestag geführt. Wenigstens hat man dort noch nicht davon gehört, daß die CDU sich für eine überbetriebliche Mitbestimmung einsetzt. Die Reaktion auf die Blank'sche Rede, in der der Minister lautstark seinen Krankenkassenreformentwurf verteidigte, zeigte denn auch, was von den Kölner Deklamationen zu halten ist und was Minister Blank selbst unübertrefflich formulierte: "Glauben Sie wirklich, daß unsere Arbeitnehmerschaft nicht mündig genug ist, ehrliches Wollen von demagogischen Winkelzügen zu unterscheiden? Glauben Sie, daß die Bevölkerung geködert sein will durch Versprechungen ...?"

Dem ist in Bezug auf die christlich-soziale Proklamation und in Hinsicht auf die unstrittige Stellung der Arbeitnehmer in der CDU-Fraktion nichts mehr hinzuzufügen.

So ist auch auf diesem Kongreß die Frage offen gelassen, ob die innerhalb der CDU wirkenden Arbeitnehmer in der Lage sein werden, ihre Forderungen in der Kanzlerpartei durchzusetzen. Die Zukunft wird es lehren.

+ + +

### Was will Dr. Heinrich Schneider ?

A.B. - Die Demokratische Partei Saar Dr. Heinrich Schneiders, der saarländische Landesverband der FDP, bleibt das Sorgenkind der Freien Demokraten. Auf der einen Seite kann man auf diesen Landesverband, der bei der letzten Bundestagswahl relativ die meisten Stimmen für die FDP brachte, nicht verzichten, auf der anderen Seite aber weiß man: Die DPS hält nicht viel von Liberalismus. Sie will ihren eigenen Weg gehen. So mußte die FDP auch eine freudige Miene zum bösen Spiel machen, als sich die DPS am vergangenen Sonntag in Saarlouis ein eigenes Programm gab, das in einigen Punkten vom Berliner Programm der FDP von 1957 abweicht.

Die FDP bekennt sich zur "freien Marktwirtschaft", die DPS dagegen zur "sozialen Marktwirtschaft". Die FDP meint zur Wirtschaftspolitik: "Wir brauchen viel weniger Staat als wir uns einbilden." Die DPS dagegen fordert ein Eingreifen des Staates in die Wirtschaftspolitik. Die FDP bekennt sich zur Gemeinschaftsschule, die DPS dagegen zur Konfessionsschule. Auch in ihren Forderungen zur Wiedervereinigung geht die DPS über die Forderungen der FDP hinaus. Die DPS verlangt das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 einschließlich des Sudetenlandes. Für alle noch anhängigen Verfahren, die aus der Vergangenheit und dem letzten Krieg resultieren, fordert die DPS eine Amnestie, mit Ausnahme der Taten, die aus eigenem verbrecherischem Abtrieb erfolgt sind.

Die Demokratische Partei Saar hofft, daß ihre Gedanken auch einmal von der gesamten FDP übernommen wird. "Wir wollen der Sauerteig sein," sagte der DPS-Vorsitzende Dr. Heinrich Schneider, der gleichzeitig Stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP ist. Mit der Wahl zum Stellvertretenden FDP-Vorsitzenden hatte man gehofft, Dr. Schneider und seine DPS an die Beine legen zu können. Aber das ist offenbar nicht gelungen.

Welcher Geist unter den Mitgliedern der DPS noch herrscht, wird deutlich, wenn man einen Parteitag dieser Partei beiwohnt. Da forderte ein Delegierter, im Programm müsse festgelegt sein, daß nur die Kunst "im Sinne der deutschen Volkseele" gefördert werde. Er sprach vom "verdammten Jazz" und sagte: "Unter Kultur versteht man die deutsche Kunst und die deutsche Wissenschaft." Ein anderer verlangte die Verstaatlichung von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die Presseleute seien alles Saboteure an der deutschen Wiedervereinigung und Landesverräter. Seine Mißachtung der Presse begründete er damit, daß Dr. Schneider oft angegriffen werde. Diese Diskussionsredner waren selbst Dr. Schneider mehr als unangenehm.

Es wird für die FDP nicht einfach sein, diesen Landesverband in der Bundesrepublik einzugliedern. Bis jetzt geht er getreu seiner Parole "Christlich - Sozial - Deutsch" nicht den liberalen Weg der FDP, sondern seine eigenen. Bis jetzt war das Verhältnis zwischen DPS und FDP sehr lose. Es wird es auch in der Zukunft bleiben. Die DPS und FDP verbinden zwar einige gemeinsame Gedanken, aber man hatte bisher den Eindruck, die DPS lehnte sich an die FDP nur deshalb auf Bundesebene an, weil im Moment keine andere, noch einigermaßen starke Partei vorhanden ist, mit der sich die DPS verbinden könnte. Ob es eines Tages die DP sein wird? - Diese Frage wurde von vielen Delegierten in Saarlouis am Rande des offiziellen Parteitages eifrig diskutiert. . .



## Die "Welle des Wahnsinns" erfasste 38 Länder

Von Bruno Kuster, Genf

Die Kommission für Menschenrechte hat die kürzlichen antisemitischen Ausschreitungen einstimmig und energisch verurteilt, wie auch "andere Formen des rassistischen oder nationalistischen Hasses."

Auch wenn sich die Kommission in grundsätzlicher Hinsicht von Anfang an einig war, so ergeben sich doch scharfe und hitzige Debatten. Die Sowjetdelegation stürzte sich mit wahrer Lust auf das Thema, um der Bundesrepublik den Prozess zu machen. A. Foxin zitierte einen "Kongress gegen den Faschismus" in Wien, die Führer der "Deutschen Demokratischen Republik" und "Chruschtschow persönlich", um darzulegen, dass in Westdeutschland dieselbe Lage wieder entstehe wie vor dem zweiten Weltkrieg.

Diese Art, den Antisemitismus zu "bekämpfen", ist verhängnisvoll, denn erstens verleitet sie dazu, die Krankheit überall dort zu übersehen, wo sie einem politisch nicht in den Kram passt (z.B. in gewissen arabischen und osteuropäischen Ländern!). Und zweitens verhindert eine derartige Politisierung des Problems die sachliche Erforschung der wirklichen Ursachen. Schließlich entsteht sogar die Gefahr, dass ein antisowjetischer Reflex dem Antisemitismus sogar Auftrieb geben könnte. Jedenfalls eignen sich die abgegriffenen Waffen des Kalten Krieges nicht zur Verteidigung der Menschenrechte.

Zwar trägt die Bundesrepublik in dieser betrüblichen Angelegenheit eine schwere Verantwortung, aber auch andere Länder sehen sich vor die schwierige und dringliche Aufgabe gestellt, mit dem Antisemitismus fertig zu werden. Wie der Sprecher des Jüdischen Weltkongresses darlegt, haben von den 2000 antisemitischen Ausschreitungen, die zwischen Weihnachten und Februar registriert wurden, 833 in der Bundesrepublik stattgefunden, während sich die übrigen auf weitere 37 Länder in allen Erdteilen verteilen.

Der französische Delegierte befürwortete eine energische Resolution, verlangte aber, sich nicht mit der Bekämpfung des Antisemitismus zufrieden zu geben, denn "alle Menschen müssen gegen Diskriminierungen geschützt werden, handle es sich nun um Christen, Muselmanen oder Buddhisten."

Die schließlich von der Kommission einstimmig gebilligte Resolution stellt nun nicht eine Verurteilung der Bundesrepublik, sondern des Antisemitismus dar, der die Menschenrechte verletzt und die grundlegenden Freiheitsrechte aller Völker bedroht. Sie ersucht die Staaten, "alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um solche Akte wirksam zu verhindern oder unterdrücken zu können." Eine ständige Erziehungsarbeit muss geleistet werden, um die rassistischen Vorurteile und die religiöse Intoleranz zu beseitigen. Der Generalsekretär der UNO wird ersucht, über die rassistischen Ausschreitungen alle Informationen zu sammeln, wie auch über die Reaktion der öffentlichen Meinung, über die Gegenmassnahmen und über die Gründe und Ursachen der Zwischenfälle. Gestützt auf diese Erhebungen soll später über die Ergreifung weiterer Massnahmen beraten werden.

Zweifelloos ist es notwendig, im Schulunterricht bewusster und deutlicher im Geiste der Toleranz auf die Jugend einzuwirken. Die "Erklärung der Menschenrechte" sollte zu einem obligatorischen Lehrgegenstand werden, der nicht nur mit dem Kopf, sondern auch mit dem Herzen erfasst wird.

Verantwortlich: Günter Markscheffel